

ÖkologiePolitik 197 / Dezember 2024

41. Jahrgang | ISSN 1430-6646 | 6,- € Printausgabe | 3,- € PDF
Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei | www.oedp.de

ödp



Ökologie Politik

| 5 Jahre Artenschutz-Volksbegehren
in Bayern – Teil 1

TITELTHEMA:

5 JAHRE ARTENSCHUTZ-VOLKSBEGEHREN IN BAYERN – TEIL 1

- 4 PERSÖNLICHE RÜCKSCHAU
Der wildeste Ritt meines politischen Lebens
von Agnes Becker
- 9 KRITISCHE BILANZ
Sind die Bienen gerettet?
von Dr. Norbert Schäffer
- 18 NEUES VOLKSBEGEHREN
„Das Recht muss ökologisiert werden“
Interview mit Hans Leo Bader

ÖDP INTERN

- 22 BUNDESVORSTAND
Warum 1,7 Millionen (!) Unterschriften nicht genug sind
von Charlotte Schmid
- 24 BUNDESVERBAND
Neuer Bundesvorstand gewählt
- 26 LANDESVERBÄNDE
- 31 BUNDESARBEITSKREISE
ÖDP-Politik entwickeln und bekannt machen – Verstärkung erwünscht!
- 32 BUNDESARBEITSKREIS DIGITALISIERUNG
Blick zurück und nach vorne
- 33 BUNDESARBEITSKREIS CHRISTEN IN DER ÖDP
Herbsttreffen 2024 im Kloster Neustadt/Weinstraße
- 34 BUNDESARBEITSKREIS LANDWIRTSCHAFT, TIERSCHUTZ UND GENTECHNIK
Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen in Erfurt
- 35 STIFTUNG
Anerkennung der Maria Opitz-Döllinger Stiftung
- 39 TERMINE, IMPRESSUM

Foto Baum: Ungureanu Liviu/shutterstock.com; Foto Titelseite: Eva Maria Kastell



Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

die „Ampel“ ist krachend gescheitert. Dass die B90/Grünen hierbei in der Wählergunst so drastisch abstürzten, liegt nicht daran, dass Umweltpolitik plötzlich als unwichtig betrachtet wird, sondern am parteipolitischen Gesamtpaket, das in den drei Regierungsjahren zunehmend sichtbar wurde. Es zeigte sich, dass sie sich in einer ideologischen Blase befinden und den Kontakt zu den Menschen und zur Wirklichkeit verloren haben. Statt dem Gemeinwohl diene ihre Politik Partikularinteressen, statt pragmatische Lösungen zu entwickeln, verstrickten sie sich in linksidentitären Denkmustern. Die ÖDP dagegen ist in der politischen Mitte beheimatet, orientiert sich am Gemeinwohl und bietet ein gründlich durchdachtes Vollprogramm, das in der deutschen Parteienlandschaft positiv heraussticht.

Zum Selbstverständnis der ÖDP gehört auch, dass sie einem von den Medien vernachlässigten und von der Ampel-Regierung immer wieder ausgebremsten Thema die ihm gebührende Aufmerksamkeit schenkt: dem Artenschutz. Dass der sehr vielen Menschen ein wichtiges Anliegen ist, zeigte das vom ÖDP-Landesverband Bayern vor fünf Jahren initiierte Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“. Über 1,7 Mio. von 9,5 Mio. Wahlberechtigten gingen innerhalb von zwei Wochen in die Rathäuser und standen dort teilweise lange an, um es mit ihrer Stimme zu unterstützen. 18,3%! Damit war es das erfolgreichste Volksbegehren in der bayerischen Geschichte.

Diesem Meilenstein in der Naturschutz- und ÖDP-Geschichte widmet sich diese und auch die kommende Ausgabe der ÖkologiePolitik. Wir blicken zurück auf die Jahre 2018 und 2019, als die Idee des Volksbegehrens entwickelt und es dann mit einem in dieser Höhe nicht erwartbaren Erfolg durchgeführt wurde. Wir gehen aber auch der Frage nach, was dieser Erfolg und die daraufhin eingeleiteten Maßnahmen bisher tatsächlich bewirkt haben. Und wir blicken in die Zukunft: Wie könnte sich die aktuelle Situation entwickeln? Wo existiert der größte Handlungsbedarf? Und mit welchen Maßnahmen lässt sich die Artenvielfalt am wirksamsten stärken?

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Ihre

PS: Weitere Artikel, Interviews, Kolumnen und Buchrezensionen finden Sie auf der Website www.oekologiepolitik.de.

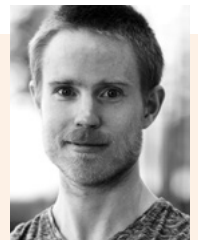
Günther Hartmann

Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel

Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



PERSÖNLICHE RÜCKSCHAU

Der wildeste Ritt meines politischen Lebens

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit will ich es tun: Danke sagen! Danke an all die aktiven Menschen innerhalb und außerhalb der ÖDP, in Bayern und anderswo, die sich mit Überzeugung und Tatkraft eingesetzt haben, damit unser Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ zum erfolgreichsten Volksbegehren in Bayerns Geschichte werden konnte!

von Agnes Becker

Über 1,7 Mio. Wahlberechtigte sind 2019 in nur 14 Tagen in die heimlichen Rathäuser gegangen und haben sich für mehr Artenschutz eingetragen. Eine fantastische Zahl! Ich bin dankbar, weil ich eines ganz genau weiß: Ohne alle diese Menschen wäre aus dieser genialen politischen Idee nichts geworden. Für

„Wir sind die einzige Partei, die in Bayern Gesetze gegen den Willen der CSU durchsetzt.“

mich war es der absolut wildeste Ritt meines bisherigen politischen Lebens. Im Kampf um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen war es ein wichtiger Meilenstein. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Es war und ist so bitter nötig, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um den dramatischen Verlust an Lebensvielfalt um uns herum aufzuhalten. In unserer ÖDP muss man das niemandem erklären. Alle haben vom ersten Moment an mitgezogen, mitgearbeitet und mitgekämpft. Dafür bin ich nicht nur dankbar, darauf bin ich verdammt stolz!

Umsetzung wird wissenschaftlich begleitet

Zweifelsohne waren die Wochen und Monate Ende 2018, Anfang 2019 für uns alle sehr intensiv und anstrengend, aber die Bilanz 5 Jah-

Agnes Becker

Jahrgang 1980, gelernte Schreinerin und Tierärztin, betreibt einen kleinen ökologisch bewirtschafteten Hof im Bayerischen Wald. Seit 1997 ist sie Mitglied der ÖDP, seit 2014 Kreisrätin im Landkreis Passau, wo sie eine fünfköpfige ÖDP-Fraktion führt. 2019 war sie das Gesicht des Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“. Seit 2022 ist sie zusammen mit Tobias Ruff Landesvorsitzende der ÖDP Bayern.

agnes-becker@oedp-bayern.de



re später kann sich sehen lassen! Eine Bilanz, die der immer noch vertrauensvoll zusammenarbeitende Trägerkreis des Volksbegehrens wissenschaftlich fundiert seit nun 5 Jahren jährlich erheben lässt. Zum 5. Geburtstag dieses Jahr wurden erstmals alle durch das Volksbegehren eingeführten Maßnahmen untersucht und geprüft, ob die Staatsregierung ihre Hausaufgaben macht. Ich freue



Foto: Andreas Gregor

Auf der Feier „5 Jahre Artenvielfalt-Volksbegehren“ des Bayerischen Landtags: die bayerische ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker (Mitte), Landtagsvizepräsident Ludwig Hartmann (2. v. l.), Co-Landesvorsitzender Tobias Ruff (4. v. l.) und eine große ÖDP-Delegation

mich sehr, dass Prof. Dr. Roman Lenz von der Hochschule Nürtingen-Geislingen dieses Monitoring übernommen hat und in der nächsten ÖP dazu einen Beitrag schreiben wird.

Ein ganzes Maßnahmenbündel für mehr Artenschutz haben wir 2019 zum Gesetz gemacht: gesetzlich verbindlich geschützte Gewässerrandstreifen, Streuobstschutz, Biotop-

Verbesserungen bei Lehre und Forschung, Schutz von Alleen und Feldrainen und vieles andere mehr. Damit haben wir nicht nur viele Fortschritte beim Artenschutz erreicht, sondern wir haben auch bewiesen, dass wir die einzige Partei sind, die in Bayern Gesetze gegen den Willen der CSU durchsetzt. Wir, die kleine ÖDP! Die Presse verlieh uns dafür schon mehrmals das Prädikat „erfolgreichste Oppositionspartei Bayerns“. Das soll uns allen den Rücken stärken!

Wir sind vielleicht (noch) klein, aber wirksam! Aus sicherer Quelle weiß ich, dass man in der Staatskanzlei die Ohren spitzt, wenn die ÖDP mit einem Volksbegehren droht. Tatsächlich reicht manchmal auch schon die Drohung, wie zuletzt Anfang 2023, als die Regierungsfaktionen in Bayern der Priva-

„In der Staatskanzlei spitzt man die Ohren, wenn die ÖDP mit einem Volksbegehren droht.“

schutz für artenreiche Wiesen, Ausbau des Biolandbaus auf 30 % bis 2030, die Schaffung eines Biotopverbundes, mehr Artenschutz im Wald, Eindämmung der Lichtverschmutzung,



Foto: Urban Mangold/ÖDP

Auf der Podiumsdiskussion im Senatssaal des Maximilianeums diskutierte Agnes Becker (links) mit dem bayerischen Umweltminister Thorsten Glauber und der bayerischen Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber.

tisierung von Trinkwasser den Weg ebnen wollten. Die entsprechende Pressemitteilung war noch keine halbe Stunde verschickt, rief schon die Deutsche Presseagentur an und wollte Genaueres wissen. Wenige Tage später ruderte die Staatsregierung zurück. Diesen Respekt haben wir uns hart erarbeitet.

Volksbegehren entfaltet Wirkung

Aber zurück zum Artenvielfalt-Volksbegehren: Selbstverständlich sind bei Weitem noch nicht alle Maßnahmen umgesetzt oder wirklich gut angepackt. Zudem kamen fast ungläubliche Zustände durch unser Volksbegehren ans Tageslicht: Viele Biotopkartierungen

„Es sind bei Weitem noch nicht alle Maßnahmen umgesetzt oder wirklich gut angepackt.“

waren zuletzt im vorigen Jahrtausend aktualisiert worden, ähnlich sah es bei vielen Gewässerkartierungen aus. Das zeigt, welchen Stellenwert diese Dinge in den letzten Jahrzehnten in Bayern hatten. All das wird jetzt aufgearbeitet und aktualisiert. Aber es wird

noch für viele Jahre unsere Aufgabe bleiben, dranzubleiben, nicht nachzulassen und weiter den Entscheidern auf der Pelle zu sitzen. Und das haben wir natürlich auch fest vor.

Wo und wie weit die Fortschritte bei den einzelnen Themenfeldern sind, legt der Vorsitzende des Landesbundes für Vogel- und

„Viele Biotopkartierungen waren zuletzt im vorigen Jahrtausend aktualisiert worden.“

Naturschutz, Dr. Norbert Schäffer, in seinem Gastbeitrag in diesem Heft dar. Ihm möchte ich an dieser Stelle nochmals meinen ganz herzlichen Dank aussprechen für die tolle Zusammenarbeit! Für besonders Interessierte sind alle Ergebnisse und die wissenschaftliche Auswertung des Monitorings übrigens auch jederzeit auf unserer Internetseite www.volksbegehren-artenvielfalt.de einsehbar.

Verfassungsgericht weist Klagen ab

Ein besonderer Tag war für Bernhard Suttner, unseren langjährigen Landesvorsitzenden in Bayern, und mich der 18. Oktober 2023. An

diesem Tag mussten wir beide als offizielle Beauftragte des Volksbegehrens vor dem Bayerischen Verfassungsgericht erscheinen.

Bereits 2019 hatte die AfD den Ministerpräsidenten, die Landtagspräsidentin, zwei Minister, zwei Fraktionsvorsitzende und uns beide verklagt wegen angeblicher Verstöße unseres Gesetzes gegen Landes- und Bundesrecht sowie gegen das Grundgesetz. Der Klage folgte ein äußerst umfangreicher Schriftsatzwechsel, dem wir natürlich nur mit juristischem Beistand gewachsen waren. Viele haben dafür erneut gespendet. Auch dafür herzlichen Dank!

Mühsam war es trotzdem, allerdings erwies es sich als hilfreich, zusammen mit weiten Teilen der Staatsregierung verklagt worden zu sein. Wir saßen sozusagen im gleichen Boot. Die Urteilsverkündung nach knapp vier Jahren war dann fast etwas unspektakulär. Schnörkellos und nüchtern sprach der Vorsitzende Richter die magischen Worte: „Die Anträge werden abgewiesen.“

Was dann folgte war für Bernhard Suttner und mich eine Sternstunde unseres Rechtsstaates. Über eine Stunde fasste der Richter die 120 Seiten umfassende Urteilsbegründung zusammen. Und auch wenn zumindest ich bei Weitem nicht alles wirklich verstanden habe, die sehr oft gebrauchten Worte „unzulässig“ und „unbegründet“



Agnes Becker, Tobias Ruff, Bernhard Suttner

Wir haben genug!

Warum das gute Leben jenseits von Konsumismus, Wachstums-wahn und Überfluss liegt
oekom, Juli 2023
96 Seiten, 10,00 Euro
978-3-98726-279-1



waren auch den nicht juristisch Gebildeten verständlich.

Am Ende wurde deutlich, dass die ÖDP, und hier vor allem mein Co-Landesvorsitzender in Bayern, Tobias Ruff, ein juristisch unangreifbares und gutes Gesetz geschrieben hatte. Ein Gesetz, das nun sogar die höchstrichterliche Prüfung mit Bravour absolviert hatte. Dass damit der Angriff der anti-ökologischen und zukunftsfeindlichen AfD abgewehrt war, freut mich immer noch.

Demonstrationen gegen wichtige Gesetze

Fiese Angriffe gegen ökologisch sinnvolle und für eine gute Zukunft unerlässliche Projekte haben wir dieses Jahr ja leider oft erleben müssen. Anfang dieses Jahres konnte man durchaus den Eindruck bekommen, dass in Deutschland vor allem der recht hat, der den größten Bulldog fährt. Viele absolut notwendige und unendlich wichtige Regelungen für

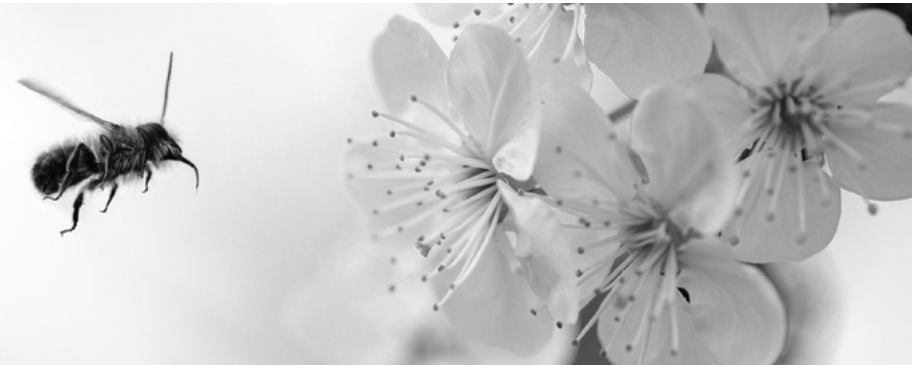


Foto: Goumbivix/pixabay.com



besseren Schutz der schwindenden Artenvielfalt wurden angesichts von vielen

Traktoren und noch mehr Schreihälsen von einer feigen Regierung in Berlin und einer angstgetriebenen EU-Kommission geschleift.

Umso stolzer können wir sein, dass wir es mit unserem Volksbegehren fertiggebracht haben, einen ganz wichtigen Bestandteil des Green New Deal zumindest für Bayern „gerettet“ zu haben: die Halbierung des Pestizideinsatzes. Versprochen wurde diese übrigens vom Ministerpräsidenten schon bis 2028. Auch da werden wir natürlich genau hinschauen!

Freie-Wähler-Chef unterstützt Demonstranten

Angriffe gegen dieses wichtige Ziel kamen und kommen übrigens nicht nur aus Berlin und Brüssel, das kann auch unser stellvertretender Ministerpräsident. Er gefällt sich nicht nur am besten als Redner auf Bauern- und Heizungs-demos, er brüllt auch schon mal gerne ins Bierzelt, dass er alles tun werde, um eine Reduzierung des Pestizideinsatzes zu verhindern.

Darauf von mir angesprochen, erwiderte die bayerische Landwirtschaftsministerin bei einer Podiumsdiskussion etwas erschrocken, dass sie sich natürlich dem Halbierungsziel und dem Versprechen ihres Ministerpräsidenten verpflichtet fühle und ihre Anweisungen nicht vom Stellvertreter erhalte. Leidend und steif saß bei dieser Diskussion übrigens unser Umweltminister daneben und wusste nicht recht, was er sagen sollte. Er ist ein

Parteifreund unseres obersten Bierzeltrednerschwingers. So macht Politik bei aller Ernsthaftigkeit manchmal auch echt Spaß.

Landtag feiert 5-jähriges Jubiläum mit Festakt

Spaß machte im Übrigen auch der Rahmen dieser besagten Podiumsdiskussion. Zum 5. Geburtstag des Volksbegehrens hatte uns der Bayerische Landtag zu einem Festakt ins Maximilianeum eingeladen. Höhepunkt der

„Es wird noch für viele Jahre unsere Aufgabe bleiben, den Entscheidern auf der Pelle zu sitzen.“

Feier war die Podiumsdiskussion, die im Senatssaal des Landtags stattfand. Wie der Name schon erahnen lässt, tagte dort bis 31.12.1999 der Bayerische Senat. Das war die zweite Kammer im Freistaat, bis die bayerische ÖDP ihn per Volksentscheid abschaffte. Damit konnten nicht nur jährlich rund 8 Mio. Euro eingespart werden, sondern dieser schöne Saal wurde eben auch frei für tolle Dinge, wie z. B. Geburtstagsfeiern für ÖDP-Volksbegehren. Ich habe in diesem Saal jedenfalls die ganze Kraft der direkten Demokratie spüren können!

Trotz Widerständen: Aufgeben ist keine Option!

Und liebe Freundinnen und liebe Freunde, liebe ökologische Engagierte, ja, ich weiß es: Es gibt gerade für die Artenvielfalt weitere Bedrohungen wie die Deregulierung der neuen Gentechnik, den rasenden Flächenverbrauch und vieles andere mehr. Die Ökologie hat in diesen Zeiten einen schweren Stand – umso klarer ist für mich: Aufgeben ist keine Option. Unser aller Einsatz, unsere Kraft, unser Ideenreichtum und unsere Hingabe für unsere gemeinsamen politischen Ziele sind heute gefragt und wichtiger denn je!

Foto Maikaler: Kathy Böscher/pixabay.com

KRITISCHE BILANZ

Sind die Bienen gerettet?

Seit dem 1. August 2019 gilt in Bayern ein neues, besseres Naturschutzgesetz – Resultat des erfolgreichen Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ Sein großes Ziel war und ist es, den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen und unsere Landschaften wieder zu beleben. Nach 5 Jahren gibt es eine Bilanz mit Licht und Schatten.

von Dr. Norbert Schäffer

Foto: Eva-Maria Kastell



Dr. Norbert Schäffer

Jahrgang 1964, studierte Biologie mit dem Schwerpunkt Tierökologie und forschte als Doktorand in Polen. Von 1996 bis 2014 arbeitete er für die britische „Royal Society for the Protection of Birds“. Seit 2014 ist er hauptberuflicher Vorstand des „Landesbunds für Vogelschutz in Bayern“ (LBV), in dem er vorher schon lange Mitglied und ehrenamtlich aktiv war.

www.lbv.de



ÖDP, LBV u. a.

Rettet die Bienen!

Volksbegehren Artenvielfalt

www.volksbegehren-artenvielfalt.de

Wir sind Zeuge des größten Artensterbens seit dem Verschwinden der Dinosaurier. Wissenschaftliche Erkenntnisse lassen keinen Zweifel daran, dass auch in Bayern immer mehr Tier- und Pflanzenarten verschwinden. Krefelder Entomologen haben in Langzeituntersuchungen festgestellt, dass die Insekten-Biomasse in deutschen Schutzgebieten innerhalb von 27 Jahren um 76 % abgenommen hat. Nachrichten wie diese rüttelten vor 5 Jahren viele Menschen wach und machten klar: Das Artensterben ist in vollem Gange. Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn am Ende geht es um unser aller Überleben. Wenn es keine Bienen und

Die Insekten-Biomasse in deutschen Schutzgebieten nahm innerhalb von 27 Jahren um 76 % ab.

Hummeln mehr gibt, wer bestäubt dann unser Obst und Gemüse?

So wurde wohl ein Nerv der Zeit getroffen, als Naturschützer aus den Reihen der bayerischen ÖDP 2018 die Idee eines Volksbegehrens zum Erhalt der Artenvielfalt aufbrachten. Schnell fanden sich Mitstreiter für die Initiative: der Landesbund für Vogel- und Naturschutz e. V. (LBV), die Gregor Louisoder Umweltstiftung und die bayerischen Grünen. Der weitere Verlauf war eine Erfolgsgeschichte, die im In- wie auch im Ausland mit Berichterstattung bis nach Japan und Australien für Aufsehen sorgte. Über 1,7 Mio. Wahlberechtigte stimmten für das Volksbegehren und für ein neues, besseres Naturschutzgesetz. Und das, obwohl die Einschreibungsfrist mitten im Winter lag – also in einer Zeit, in der die Bevölkerung eher nicht an Bienen, Schmetterlinge und Feldlerchen denkt.



Ohne die hervorragende Vorarbeit der ÖDP und den unglaublichen Einsatz unzähliger Freiwilliger wäre das nicht denkbar gewesen. Insgesamt war das Volksbegehren nicht nur das erfolgreichste in der Geschichte des Freistaates, sondern es entstand daraus eine Massenbewegung, deren Umfang weit über die genannte Anzahl der Unterschriften hinausging.

Evaluierung der Ziele

Doch wo stehen wir heute bei der Umsetzung der gesetzten Ziele? Geht es der Natur in Bayern besser als vor dem Volksbegehren? Und wo besteht noch Handlungsbedarf? Von Anfang an hatte sich der Trägerkreis dazu verpflichtet, die Umsetzung der neuen Ziele und Gesetze genau zu beobachten und zu evaluieren. Für ein wissenschaftliches Monitoring

Das Artensterben ist in vollem Gange. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Am Ende geht es um unser aller Überleben.

wurde dazu ein Team von Experten um Prof. Roman Lenz von der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt (HfWU) Nürtingen-Geislingen beauftragt. Aus mehr als 80 einzelnen Maßnahmen, die im Volksbegehrensgesetz und den verabschiedeten Begleitgesetzen festgelegt sind, wurden insgesamt 32 Indikatoren abgeleitet, von denen seit 2020 jeweils eine Auswahl von 12 bis 15 Indikatoren jährlich evaluiert werden. 2024, also 5 Jahre nach dem großen Erfolg des Volksbegehrens, sollte nun mit der Überprüfung aller 32 Indikatoren ein

umfassender Eindruck über die Umsetzung der Maßnahmen gewonnen werden.

Klar ist: Durch das Volksbegehren konnten die Rahmenbedingungen für den Schutz von Bayerns Natur deutlich verbessert werden. Neben zusätzlichen Geldern wurden auch über 100 Personalstellen in der Verwaltung neu geschaffen sowie eine wichtige Ausweitung von Maßnahmen im Vertragsnaturschutz- und Kulturlandschaftsprogramm erreicht.

Naturwald

Eine positive Entwicklung lässt sich beim Waldschutz beobachten. So sind inzwischen über 10% des bayerischen Staatswaldes als Naturwald ausgewiesen. Dort wird die Natur sich selbst überlassen und zahlreiche Arten wie

Gelbbauchunke, Mittelspecht und Wespenbussard haben hier ihren Lebensraum. Durch das Volksbegehren wurden 7.200 ha Staatswald zusätzlich rechtsverbindlich und dauerhaft aus der forstlichen Nutzung genommen.

Durch das Volksbegehren konnten die Rahmenbedingungen für den Schutz von Bayerns Natur deutlich verbessert werden.

Dennoch gibt es weiterhin viele Arten, die selten oder vom Aussterben bedroht sind, für die wir ein Netzwerk



Foto Wald: Dr. Christian Stierstorfer/LBV Foto Käfer: irin-iv/shutterstock.com Foto Spinne: siala/pixabay.com



Foto Obstwiese: Franciszka Więgersz/LBV Foto Libelle: Mirek Kijewski/shutterstock.com

von nutzungsfreien und ausreichend großen Schutzgebieten im Wald benötigen. Neben Schutzgebieten mit Urwaldriesen sind naturnah bewirtschaftete, vielfältige Wälder, die uns als Holzlieferant dienen, auf einem Großteil der Fläche erwünscht und notwendig, um das Ökosystem Wald als Ganzes gesund und artenreich zu erhalten.

Streuobst

Ein großer Erfolg beim Schutz artenreicher Lebensräume ist der Bayerische Streuobstpakt, mit dem die Staatsregierung ein umfassendes Engagement für den Erhalt und die Neuanlage von Streuobstwiesen zugesagt hat. Bis heute konnten bereits beeindruckende Fortschritte erzielt werden. Die Fördersätze für Pflanzung und Pflege von Streuobstbäumen wurden deutlich verbessert und die

bayerischen Baumschulen produzieren mehr Hochstamm-Obstbäume. Zudem entstehen mehr Ausbildungsplätze für Streuobst-Baumpfleger. In ganz Bayern sind 27 Streuobstmanager im Einsatz, die vor Ort Ansprechpartner für Fragen zum Thema Streuobst sind. Alleine im Jahr 2023 wurden insgesamt Mittel in Höhe von 7.000.000 Euro für die Umsetzung des Streuobstpaktes ausgereicht und insgesamt ca. 30.000 Bäume gepflanzt. Bis 2035 sollen es insgesamt 1 Mio. werden!

Der Klimawandel bringt jedoch neue Probleme für die heimischen Streuobstwiesen: Spätfröste und trockene Sommer, die immer häufiger auftreten, bedrohen diesen wertvollen Lebensraum, die Ausbreitung der Mistel gefährdet geschwächte Bäume. Die Akteure des Streuobstpaktes müssen sich mit diesen Problemen beschäftigen und verschiedene

Lösungswege erproben. Und auch wir als Konsumenten und Privatpersonen sind gefragt: Damit Streuobst eine Zukunft hat, muss der Absatz der entsprechenden Produkte gesichert sein. Direktsaft aus heimischem Streuobst schmeckt besser, ist gesünder und schützt dank kurzer Transportwege und extensiver Bewirtschaftung unsere Natur und das Klima.

Biotopverbund

Eines der wichtigsten Instrumente aus dem Volksbegehren ist der Aufbau eines funktionalen Biotopverbundes im Offenland. Ein Netzwerk aus Schutzgebieten, Verbundelementen und Trittsteinen soll als „grüne Infrastruktur“ das Wandern und den Austausch von Arten ermöglichen. Denn die Zerschneidung und Verinselung von Lebensräumen gehören zur größten Bedrohung für die biologische Vielfalt. Die bayerische Staatsregierung hat sich verpflichtet, bis 2030 15 % der Fläche des Offenlands als Biotopverbund zu

gestalten. Laut Statusbericht der Staatsregierung für das Jahr 2022 ist das Zwischenziel von 10 % erreicht.

Die Qualität der derzeit in den Biotopverbund eingerechneten Flächen ist jedoch kritisch zu sehen, eine Überprüfung findet nicht statt. Die Vernetzung von artenreichen Magerrasen, Feuchtwiesen, Hecken und Brachflächen muss aber unbedingt weiter vorangetrieben werden, damit die Artenvielfalt im Offenland eine Chance hat.

Gewässerrandstreifen

Ein Rückgrat des Biotopverbundes können Gewässerrandstreifen bilden. Auf diesen Streifen entlang von Flüssen und stehenden Gewässern ist eine acker- und gartenbauliche Nutzung untersagt. Sie verhindern Bodenerosion bei Hochwasser oder Starkregen, halten Nährstoffe sowie Feinmaterial



Foto Gewässer: LBV



Foto: Eberhard Pfeuffer/LBY

zurück und sind damit unverzichtbar für den Gewässerschutz. Als Puffer vor Pestiziden und Düngemitteln tragen sie wesentlich zur Verbesserung der Wasserqualität bei. Gewässerrandstreifen von mindestens 5 m Breite wurden durch das Volksbegehren Artenvielfalt endlich auch in Bayern zur Pflicht und sind vielerorts bereits umgesetzt.

Auf Grünland ist eine intensive Nutzung jedoch nicht ausgeschlossen. So gibt es keine Einschränkung zur Schnitthäufigkeit, der Abstand zum Gewässer für die Ausbringung von Dünger und Gülle ist je nach Hangneigung und Ausbringtechnik unterschiedlich geregelt. Naturnahe Gewässerrandstreifen sind auch für den Erhalt und die Vernetzung vielfältiger Lebensräume wichtig. Wenn auf ihnen blühende Hochstaudenfluren oder Gehölze entstehen dürfen, bieten sie Lebensraum für zahlreiche Arten und können als lineare Elemente Lebensräume verbinden und somit zum Biotopverbund beitragen.

Wiesen

Ein weiterer wichtiger und vielfältiger Lebensraum ist arten- und strukturreiches Dauergrünland. Blühende Wiesen und Weiden wurden durch das Volksbegehren unter Biotopschutz gestellt. Über die Entwicklung dieses Biotoptyps kann jedoch keine Aussage getroffen werden, da die Biotopkartierung nur schleppend vorangeht und keine ausreichenden Daten liefert. Darüber hinaus wurde durch das Volksbegehren festgelegt, dass 10 % des bayerischen Grünlands erst nach dem 15. Juni gemäht werden sollen. Dieses Ziel wurde bayernweit 2023 erstmals erreicht und ist damit ein Erfolg des Volksbegehrens! Eine späte Mahd stellt sicher, dass Insekten immer ausreichend Blüten als Futtergrundlage finden. Spät blühende Pflanzen können ausreifen und Samen bilden, damit die Art fortbestehen kann.

Der Gesamtzustand der Wiesen im Freistaat ist jedoch weiterhin schlecht. Die EU

hat Deutschland sogar vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, da es blütenreiche Wiesen in Natura-2000-Gebieten nicht ausreichend schützt. Zu frühe und zu häufige Mahd, Düngung und die Umwandlung von Grünland in Siedlungs- oder Ackerflächen gefährden die wertvollen Wiesen. Um artenreiches Grünland zu bewahren, sind Maßnahmen wie spätere Mahd, zeitversetzte Mahd, höhere Schnitthöhen und das Belassen von ungemähten Streifen wichtig.

Landwirtschaft

Ökologisch wirtschaftende Betriebe weisen häufig eine höhere Artenvielfalt auf ihren Flächen auf als konventionelle Betriebe. Für die Halbierung des Pestizideinsatzes sind sie unverzichtbar. Seit dem Volksbegehren sind Fortschritte beim Ausbau des Ökolandbaus zu verzeichnen, z. B. auf staatlichen Flächen, durch gestiegene Fördersätze sowie beim Ausbau der Öko-Modellregionen.

Insgesamt liegt der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche mit derzeit gut 13 % jedoch noch weit hinter dem gesteckten Ziel von 30 % bis 2030 zurück. Auf den staatlichen Flä-

Seit dem Volksbegehren sind Fortschritte beim Ausbau des Ökolandbaus zu verzeichnen.

chen wird trotz leichter Zunahme der bereits für 2020 angestrebte Zielwert von 30 % weiterhin nicht erreicht. Ein Hebel der Politik, um den Ökolandbau zu fördern, wäre eine Steigerung von Bio-Produkten in öffentlichen Kantinen. Und auch am eigenen Esstisch sollten Bio-Lebensmittel zum neuen Standard werden. Mit dem Kauf regionaler Bio-Produkte leistet jede und jeder einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und einer attraktiven Kulturlandschaft, in der Platz für Wildkräuter und Blumen, Bienen und Vögel ist.



Foto: Levke Hammenamy/pixabay.com

Mit dem Volksbegehren wurde das Ziel einer Pestizidhalbierung bis zum Jahr 2028 gesteckt. Während die Ziele zur Pestizidreduktion auf EU-Ebene wieder verworfen wurden, hält die Bayerische Staatsregierung an einer Halbierung fest. Bayern kann damit eine Vorreiterrolle einnehmen. Im diesjährigen Bericht des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums wird angegeben, dass der Pes-

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche liegt mit derzeit 13 % weit hinter dem Ziel von 30 % bis 2030 zurück.

tizideinsatz im Jahr 2022 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2018 um 19 % gesunken ist.

Dies ist jedoch kritisch zu sehen, da die Daten eine reine Hochrechnung für Bayern darstellen und keine absoluten Daten zum



Foto: Dr. Olaf Broders/LBV

Pestizideinsatz liefern. Zudem wird die Giftigkeit der Wirkstoffe nicht ausreichend berücksichtigt. Ein Maßnahmenplan, der darlegt, wie das Ziel der Pestizidhalbierung erreicht werden soll, liegt bislang ebenfalls nicht vor. Maßnahmen, um den Pestizideinsatz gezielt und sinnvoll zu reduzieren, wären, möglichst große Flächen pestizidfrei zu bewirtschaften oder Kulturen, in denen ein Verzicht auf Pestizide vergleichsweise einfacher ist, komplett pestizidfrei zu bewirtschaften. Auch Pufferzonen um Schutzgebiete würden ökologisch einen großen Mehrwert bringen.

Nach dem Erfolg von „Rettet die Bienen!“ waren bayernweit vielerorts mehr Blühflächen zu sehen. Der Monitoringbericht zeigt, dass die finanzielle Förderung von Blühpflanzen in der Agrarlandschaft bis zum Jahr 2022 sowohl

flächenmäßig als auch hinsichtlich der Fördersummen zugenommen hat, jedoch im Jahr 2023 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen ist. Dies deckt sich mit aktuellen politischen Entwicklungen, wo auf europäischer Ebene durch den Druck der Bauernproteste die Verpflichtung abgeschafft wurde, 4 % Brachen für die Artenvielfalt zur Verfügung zu stellen.

Mehrjährige Brach- und Blühflächen können jedoch insbesondere in der intensiv genutzten Agrarlandschaft einen echten Mehrwert für die Artenvielfalt leisten. Hier bieten sie Nahrung und Lebensraum für Insekten. Diese Erkenntnis sollte sich langfristig in der Agrarpolitik widerspiegeln. Blühflächen sind nicht nur in der Agrarlandschaft wichtige Lebensräume für unsere Arten, auch Landkreise und Kommunen können über blühende öf-

fentliche Flächen Lebensräume schaffen und Artenvielfalt fördern.

Lichtverschmutzung

Auch das zunehmende Problem der Lichtverschmutzung wurde vom Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ adressiert. Die neue Gesetzgebung hatte dabei die Kommunen in die Pflicht genommen, die Beleuchtung öffentlicher Gebäude nach 23 Uhr auszuschalten. Beleuchtete Werbetafeln im Außenbereich und sogenannte „Himmelsstrahler“ sind seit Juli 2019 verboten. Eine stichprobenartige Überprüfung bayerischer Innenstädte zeigt, dass die meisten Städte diese Vorgaben einhalten. Die Reduzierung der Beleuchtung öffentlicher Gebäude ist aber nur ein erster Schritt.

Um die negativen Folgen der Lichtverschmutzung merklich zu reduzieren, müssen wir alle einen Beitrag leisten. Dort, wo eine Beleuchtung notwendig oder sinnvoll ist, können wir auf eine insektenfreundliche Gestaltung achten, wie beispielsweise warmweiße und möglichst schwache Lichtquellen, eine Ausrichtung der Leuchtquelle nur nach unten und möglichst kurze Beleuchtungsdauer.

Fazit

Noch erleben wir die Trendumkehr beim Verlust der biologischen Vielfalt nicht. Nach wie vor sind viele Arten gefährdet oder vom Aussterben bedroht, wie die aktuellen Roten Listen gefährdeter Arten darlegen. So gelten laut Roter Liste von 2021 51 % aller Wildbienenarten als gefährdet. Auch der im März 2023 zum ersten Mal veröffentlichte „Bericht zur Lage der Natur“ bestätigt die Dramatik des Verlusts der Artenvielfalt in Bayern, insbesondere auf Äckern und Grünlandflächen.

Seit dem Volksbegehren haben sich aber die Voraussetzungen für die Förderung der Artenvielfalt deutlich verbessert. Die Ausweitung und Verbesserung der Agrarförderpro-

Foto Schmecke: LunarRabbit/pixabay.com



Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Bericht zur Lage der Natur in Bayern

März 2023

www.lfu.bayern.de/natur/bericht_lage_natur

gramme, die bessere personelle Ausstattung der Naturschutzbehörden sowie Leuchtturm-initiativen wie der Bayerische Streuobstpakt wären ohne das Volksbegehren nicht möglich gewesen. Die mediale und politische Aufmerksamkeit, die das Volksbegehren generiert hat, ist einzigartig und hat zu einem größeren Bewusstsein für das Artensterben in der Bevölkerung geführt.

Noch erleben wir die Trendumkehr beim Verlust der biologischen Vielfalt nicht. Nach wie vor sind viele Arten gefährdet.

Diese Grundlagen müssen genutzt werden, um eine Veränderung in der Landschaft zu bewirken, damit die Maßnahmen, die durch das Volksbegehren initiiert wurden, den Verlust der biologischen Vielfalt aufhalten. Der LBV wird hier nicht nachlassen, die Arbeit der Staatsregierung kritisch



Das Volksbegehren hat zu einem größeren Bewusstsein für das Artensterben geführt.

überprüfen und konstruktiv begleiten. Über 115.000 Mitglieder und Unterstützer geben uns dabei politisches Gewicht. Jedes neue Mitglied hilft, dem Schutz von Natur- und Artenvielfalt im politischen Tagesgeschäft Gehör zu verschaffen.

NEUES VOLKSBEGEHREN

„Das Recht muss ökologisiert werden“

In unserem Rechtssystem wird die Natur als bloßes Objekt betrachtet. Das wird ihr nicht gerecht, ist schon lange nicht mehr zeitgemäß und muss geändert werden – findet eine bayerische Bürgerinitiative. Sie sammelt derzeit Stimmen für ihr Volksbegehren „Rechte der Natur“ und will mit dem die bayerische Verfassung ändern.

Interview mit Hans Leo Bader

ÖkologiePolitik: Herr Bader, wer oder was ist „die Natur“?

Hans Leo Bader: Das ist eine gute Frage. Sie trifft den Kern dessen, worum es eigentlich geht. Um eine objektive oder um eine subjektive Sicht. Wir bezeichnen die Natur meistens als Umwelt, also etwas, was uns umgibt, und tun so, als wären wir davon völlig unabhängig. Wir als Menschen sind aber nicht nur Teil dieses großen Ganzen, sondern davon komplett abhängig. Das haben wir aber aus unserem Bewusstsein verdrängt. Statt das Wort „Umwelt“ wäre es vielleicht in Zukunft besser, das Wort „Mitwelt“ zu verwenden. Wenn man sich die Herkunft des Wortes „Natur“ anschaut, bekommt man vielleicht auch eine kleine Ahnung, was Natur sein könnte. Es stammt aus dem lateinischen „nasci“, das „geboren werden, wachsen, gedeihen, gezeugt werden“ bedeutet. „naturus, natura, naturum“ ist das Partizip Futur aktiv dieses passiven Wortes und bedeutet: „im Begriff sein, geboren zu werden, zu wachsen, zu gedeihen“.

Wie lässt sich begründen, dass die Natur eigene Rechte hat?

Am Ende schizophrenerweise mit unserer vorher bereits genannten Verwobenheit und

Hans Leo Bader

Jahrgang 1968, absolvierte eine Ausbildung zum Versicherungskaufmann und arbeitet seit 1991 als selbstständiger Projektentwickler für ökologische Bauprojekte. Seit 2014 ist er Mitglied des Vorstands der Deutschen Umweltstiftung, seit 2023 deren stellvertretender Vorstandsvorsitzender. In die ÖDP trat er 2018 ein und ist derzeit Kassenprüfer im ÖDP-Stadtverband München.

<https://gibdernaturrecht.muc-mib.de>



„Wir bezeichnen die Natur meistens als Umwelt, also etwas, was uns umgibt, und tun so, als wären wir davon völlig unabhängig.“

totalen Abhängigkeit von der Natur. Ohne den Erhalt unserer Lebensgrundlagen wird u. a. auch die Spezies Mensch am Ende nicht überleben können. Wenn wir unsere Handlungsgrundlagen, die in ihrer jetzigen Form aktiv zur Zerstörung der allgemeinen – also auch unserer eigenen – Lebensbasis beitragen, nicht so anpassen, dass sie sich innerhalb der planetaren Grenzen bewegen, wird



können, ist ein wichtiger Schritt hin zu einer grundlegenden Änderung unserer Handlungsgrundlagen. Christian Rotta, ein Jurist und Verleger, schreibt in seinem Vorwort zu dem Buch „Das Meer klagt an“ von Laura Burgers und Jessica den Outer: „Recht und Natur müssen vom Kopf auf den Fuß gestellt werden. Nicht die Ökologie muss verrechtlicht, sondern das Recht ökologisiert werden. Das Konzept von Eigenrechten der Natur kann dabei eine bedeutende Rolle spielen und einen ersten Schritt aus der ökologischen Krise weisen.“

Warum dieses Volksbegehren?

Im Grunde genommen ist dieses Volksbegehren ein Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des Paris-Abkommens. Die Politik hat in den letzten 30 Jahren in über 20 Völkerrechtsabkommen Vereinbarungen zur Sicherung der ökologischen Integrität unterschrieben. In der nationalen Umsetzung aber bleibt die Politik in den Nationalstaaten trotzdem notwendige Ergebnisse schuldig. Im Paris-Abkommen ist auch die zivilgesellschaftliche Ebene aufgefördert, etwas beizutragen, um hier vorwärtszukommen. Die Bewegung der Rechte der Natur ist bereits erfolgreich in vielen Staaten aktiv, in Ecuador z. B. sind die Rechte der Natur bereits seit 2008 in der Verfassung verankert. In Neuseeland und Kolumbien z. B. wurden Flüsse zu Rechtspersonen erklärt. Auch in Europa wurde in Spanien das Mar Menor 2022 zur juristischen Person erklärt. Rechte der Natur sind am Ende ein kleiner Schritt und Beitrag zur Entwicklung einer sozial-ökologischen Rechtsordnung. Prof. Dr. Jens Kersten hat hier im Jahr 2022 einen interessanten Vorschlag zur Entwicklung eines ökologischen Grundgesetzes gemacht. Es geht also darum, einen Prozess in Gang zu setzen, der uns auch in Zukunft ein gutes Leben ermöglicht und die Handlungsgrundlagen unserer Gesellschaft positiv weiterentwickelt.

es für zukünftige Generationen nicht einfach nur schwierig, ein gutes Leben zu haben, sondern voraussichtlich unmöglich, überhaupt ein würdevolles Leben führen zu können. Die Natur braucht eigentlich keine Rechte, denn sie wird sich am Ende immer durchsetzen, auch ohne den Menschen und seine Existenz. Aber wir als Menschen in unserer westlichen Gesellschaft benötigen diese Rechte, um uns unserer Verantwortung für den Erhalt der Funktionalität der uns versorgenden Ökosysteme, deren Teil wir sind, bewusst zu werden und diese Verantwortung auch wahrnehmen zu können. Die Natur um ihrer selbst willen zu erhalten und gleichzeitig aber ein Teil davon zu sein, scheint ein unlösbarer Knoten. Das Recht der Natur in unserem Rechtssystem auf Existenz, Regeneration, Entwicklung und Wiederherstellung sowie das Recht, diese Rechte auch durchsetzen und verteidigen zu

Foto: Boy Anthony/shutterstock.com

BUNDESVORSTAND

Warum 1,7 Millionen (!) Unterschriften nicht genug sind

„Es braucht ein ganzes Dorf!“ (aus einem afrikanischen Sprichwort)

Am 10. Januar 2019 steht in meinem Kalender „20:30 Grafing Bienen“. Ich war einem Aufruf auf der Kampagnenplattform change.org gefolgt und an dem beschneiten Abend mit der S-Bahn nach Grafing zu einem Treffen in einem griechischen Restaurant gefahren, um zu erfahren, wie ich „eine Stunde“ meiner Zeit den Bienen schenken soll. Es hatte mein Interesse gepiekt, dass man etwas für diese kleinen, fleißigen Tiere machen möchte. Diese Zeit, diese Stunde, konnte ich vermutlich aufbringen, dachte ich.

Da war ich noch kein Mitglied der Partei, die im Vordergrund dieses Treffens in Grafing stand und die mit ihrem orangenen Logo und überzeugender, fachlich belegter Argumentation auffiel. Gemeinsam mit einem Mitglied der SPD aus meiner Gemeinde hatte ich in den darauffolgenden Tagen und Wochen eine Gruppe von Bienenretterinnen und Bienenrettern zusammengestellt, die unsere kleine Stadt für die nächsten Wochen eroberte. In dieser Gruppe waren drei politische Parteien vertreten, geeint durch eine Leidenschaft für die Natur und das klare Bewusstsein, dass unsere Mitwelt bedroht wird.

Wir trugen Flyer aus, stellten Plakate auf. Wir organisierten am Marktplatz Infostände, verkleideten uns als Bienen und sprachen Menschen auf das Volksbegehren an. Kinder führten am Marktplatz Bientänze auf und malten ihre Botschaften mit Kreide auf die Straße. Denn die Aufforderung war ganz einfach: „Rettet die Bienen!“ Abends holten

Kolleginnen und Kollegen Flyer oder Plakate bei mir ab und alle paar Tage trafen wir uns online, um weitere Ideen auszutauschen und neue Pläne zu schmieden.

Unsere Bemühungen fruchteten: Fast ein Viertel der Stimmberechtigten in unserer Gemeinde unterschrieb das Volksbegehren. Und

Wer kümmert sich darum, dass unser Land und unsere Zukunft sicher sind?

bayernweit gab es ähnliche Erfolgsgeschichten. Ich verfolgte immer wieder mit Tränen in den Augen im Internet, wie Menschen in langen Schlangen und bei Wind, Regen und Schnee am Marienplatz standen. Und die Tränen wurden nicht weniger, als klar wurde, dass die Bienen sehr wohl gerettet werden würden, dass das Volk sehr laut und deutlich gesprochen hatte und dass die bayerische Staatsregierung zur Aktion gezwungen wurde.

Die Menschen leisteten ihre Unterschrift und gingen dann wieder nach Hause. Man ging sicherlich davon aus, dass die Konsequenzen positiv wären. Das Gesetz wurde entsprechend verbessert und man freute sich, dass Bayern durch die ÖDP das modernste und fortschrittlichste Naturschutzgesetz der Welt bekommen sollte. Wir leben schließlich in einem Rechtsstaat.

Aber die Menschen machten einen großen Fehler: Sie gingen wieder nach Hause. Sie blieben nicht stehen und überwachten nicht



Foto: Charlotte Schmid

die bayerische Staatsregierung. Denn dies wäre notwendig gewesen, damit die Bienen wirklich so gerettet würden, wie die Gründer und Gründerinnen des Volksbegehrens es vorgesehen hatten.

Und nun ist es fünf Jahre her! 2024 ist ein Jubiläumsjahr. Am 15. Juli dieses Jahres saß ich im Münchner Maximilianeum und hörte einer Podiumsdiskussion zu, bei der unsere bayerische Landesvorsitzende Agnes Becker gemeinsam mit Professor Roman Lenz, Umweltminister Thorsten Glauber (FW) und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) aus dem „Retten der Bienen“ ein Fazit gezogen haben. Frau Kaniber war es offensichtlich unangenehm, dass man über Details sprechen wollte. Sie betrachtete den allgemeinen Fortschritt als positiv und verlangte Optimismus, dass es weiterhin gut laufen würde. Dass man in einem Ampelsystem einiges noch auf Rot oder im besten Fall Orange sehen könnte, war für die Landwirtschaftsministerin nicht im Sinne des feierlichen Tages.

Leider sind es aber die Details, auf die es ankommt. Großer Optimismus, viel Schönreden und ein breites Lächeln mit gebleichten Zähnen reichen nicht aus, um wirksamen Naturschutz zu realisieren. Die Stimmung im Saal ließ durchblicken, dass die Mehrheit der Anwesenden diese Meinung teilte. Bei den Themen Ökolandbau, Biotopverbund und Pestizi-

de ist noch ganz viel Arbeit notwendig, und sie betreffen die komplette Landwirtschaft. Wie ein kleines Mädchen in den Stöckelschuhen der Mama stehen die regierenden politischen Kräfte in Bayern mit einem Gesetz da, welches anscheinend für sie um einiges zu groß ist.

Was sagt es über unsere Demokratie aus, dass das Volk sich bei einer Aktion der Willensbildung unmissverständlich ausdrückt, sich sogar in einer rechtlich gesicherten Maßnahme (einem Volksbegehren) mit dieser Meinung durchsetzt, aber die Exekutive nicht folgen will oder kann?

Ich habe in den letzten Jahren eine ähnliche Verzweiflung in Bezug auf die Bundesgesetze wahrgenommen, die angeblich unser Klima und das Klima unserer Kinder und Enkel schützen sollen, die aber durch Fachexpertinnen und -experten mehrfach als unzureichend oder gar verfassungswidrig eingestuft wurden.

Wer kümmert sich darum, dass unser Land und unsere Zukunft sicher sind? Politikerinnen und Politiker? Beamtinnen und Beamte? Schiebt etwa jede und jeder die Schuld auf andere, um das Versagen zu verschleiern? Ist unser politisches System überhaupt zweckdienlich? War es das jemals?

An den Bienen sind die Mitglieder des runden Tisches noch dran. Es ist mühsam und geht langsam voran. Zum Glück verstehen sich „die Guten“ aus den verschiedenen Parteien und Organisationen nach wie vor blendend: Das war bei der Jubiläumsfeier an dem schönen, heißen Tag über den Dächern Münchens deutlich erkennbar. Ich wünsche Agnes und ihren Mitstreitern von Herzen alles Gute bei der Fortführung dieses Projekts, welches mich vor fünf Jahren in die Welt der Naturschützer zog und vielen Menschen in jenen eisigen Wochen Hoffnung für unsere Bienen und unsere Zukunft gab.

Charlotte Schmid
Bundesvorsitzende bis 10.11.2024

BUNDESVERBAND

Neuer Bundesvorstand gewählt

Vom 8. bis zum 10. November 2024 wurde auf dem 63. ÖDP-Bundesparteitag (BPT) in Gersfeld ein neuer Bundesvorstand gewählt. Es konnten alle 13 Posten besetzt werden.

In einer Stichwahl wurde Günther Brendle-Behnisch (KV Ansbach, LV Bayern) zum neuen Bundesvorsitzenden der ÖDP gewählt. Seine Stellvertreter sind Kirsten Elisabeth Jäkel (Berlin-Charlottenburg, LV Brandenburg) und Helmut Kauer (KV Traunstein, LV Bayern).

Nach einer aufreibenden Wahl wurde Dirk Uehlein (KV Karlsruhe, LV Baden-Württemberg) wieder zum Schatzmeister und Willi Reinbold (KV Eichstätt, LV Bayern) ohne viel „Aufsehen“ zu seinem Stellvertreter gewählt.

Bei der Schriftführung ging es auch schnell. Zur Schriftführerin bestimmten die Delegierten Beatrix Springer (KV Nürnberg, LV Bayern) und als Stellvertreterin Dr. Corinne Enders (KV Ruhr-Mitte, LV Nordrhein-Westfalen). Mit Lukas Leinen wurde ein Vertreter unserer Jugendorganisation JÖ – jung.ökologisch in den Bundesvorstand der ÖDP gewählt. Er setzt damit eine Familientradition fort, sein Vater war auch schon viele Jahre im Bundesvorstand. Bei den Beisitzerwahlen brauchte es wieder eine Stichwahl. Im ersten Wahlgang wurden gewählt: Prof. Dr. Herbert Einsiedler (KV Düsseldorf-Niederrhein, LV Nordrhein-Westfalen), unsere Europaabgeordnete Manuela Ripa (Saarbrücken, LV Saarland), Siegmund Schönberger (KV Regensburg-Stadt, LV Bayern) und Dominik Mozzicato (KV Nürnberg, LV Bayern). Nach einer Stichwahl komplettierte Andreas Volkmann (KV Freiburg/Breisgau – Hochschwarzwald, LV Baden-Württemberg) den dreizehnköpfigen Vorstand.

Vor der Wahl musste der „alte“ Bundesvorstand noch Rechenschaft ablegen. Dies geschah durch die nicht wieder antretende Bundesvorsitzende Charlotte Schmid und ihren Stellvertreter Helmut Scheel. Die Arbeit war geprägt durch die Europawahl, diese war auch mit rund 460.000 Euro eine riesige Herausforderung. Zum Vergleich: SPD und CDU haben bei der Europawahl 2019 jeweils ca. 10 Millionen Euro ausgegeben. Bei der Arbeit des Bundesvorstands kam hinzu, dass einige Mitglieder ihn aus privaten oder beruflichen Gründen vorzeitig verlassen mussten. So erging es zuletzt Thomas Schiffelmann, der das große Projekt der Errichtung einer ÖDP-nahen Stiftung mit der Anerkennung der Maria Opitz-Döllinger Stiftung erfolgreich abgeschlossen hat. Als Vorsitzender der Stiftung darf er nicht mehr Schatzmeister einer Partei sein. Für sein ÖDP-Engagement noch mal

Der neue ÖDP-Bundesvorsitzende, Günther Brendle-Behnisch, wendet sich mit folgenden Worten an die Partei:

„Wir wollen Spaltungen überwinden, wo immer sie entstanden sind. Das heißt, aufeinander zugehen, Konflikte aufarbeiten und uns versöhnen. Zu dieser Friedensarbeit laden wir alle ein. Denn wir sind überzeugt, dass sie uns Kraft und neue Motivation geben wird. Als Bundesvorstand möchten wir an eurer Seite den bevorstehenden Wahlkampf bestreiten. Dabei erwarten wir keine Einheitsmeinung, sondern wollen in ‚versöhnter Verschiedenheit‘ mit den Werten der ÖDP erfolgreich sein. In diesem Sinne: Auf eine gute gemeinsame Zeit!“



Foto: Marcus Lieder



Foto: Marcus Lieder

Der neu gewählte ÖDP-Bundesvorstand (von links): Andreas Volkmann, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Manuela Ripa, Helmut Kauer, Dirk Uehlein, Kirsten Elisabeth Jäkel, Günther Brendle-Behnisch, Lukas Leinen, Dr. Corinne Enders, Willi Reinbold und Siegmund Schönberger. Es fehlen: Beatrix Springer und Dominik Mozzicato.

herzlichen Dank und viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe in der Stiftung.

Beim finanziellen Teil des BPT wurde deutlich, dass der neue Bundesvorstand sparen muss und die Partei stärker auf Zuwendungen angewiesen ist. Den noch verbliebenen und nicht mehr antretenden Bundesvorstandsmitgliedern Charlotte Schmid, Helmut Scheel, Christian Stadelmann, Dr. Tobias Kretschmer und Erwin Rauch sowie den wieder kandidierenden Vorstandsmitgliedern Dirk Uehlein und Helmut Kauer galt der Dank der Delegierten für ihre Arbeit.

Auf dem Parteitag gab es auch eine Reihe von Grußworten. So konnten wir den Bürgermeister von Gersfeld und einen Vertreter des Forums demokratischer Vielfalt begrüßen. In den Zählpausen wurden „kleinere“ Anträge behandelt. Zu den großen Anträgen für Änderungen am Bundespolitischen Programm kam man leider nicht mehr. Ein wichtiger Antrag wurde einstimmig, also ohne Gegenstimme und Enthaltungen, angenommen: Die ÖDP erkennt die Maria Opitz-Döllinger Stiftung als parteinahe Stiftung an. Das war der letzte Akt der Anerkennung „unserer“ Stiftung.

Der Parteitag war überschattet von der Diskussion zum Antritt bei der vorgezogenen Bundestagswahl. Die Entscheidungen waren zur Drucklegung dieser Ausgabe noch nicht gefallen, da wichtige Daten noch fehlten.

Vor Beginn des Parteitags waren von engagierten ÖDP-Mitgliedern bereits fünf Spitzahorn-Bäume im Schlosspark von Gersfeld gepflanzt worden. Mit diesen soll der CO₂-Ausstoß des Parteitags 2023, der ebenfalls in Gersfeld stattfand, kompensiert werden. Zusätzlich wurde in der Mittagspause am Sonntag von Gründungsmitgliedern der Maria Opitz-Döllinger Stiftung zum Andenken an die Stiftungsgründung eine Traubeneiche im Schlosspark gepflanzt. Ein besonderer Dank geht an den Bundesarbeitskreis Christen in der ÖDP, welcher die traditionelle Andacht ganz in das Gedenken an die Reichspogromnacht einbettete.

Der Parteitag schloss mit vielen Danksagungen an alle, die sichtbar und unsichtbar für die reibungslose Durchführung gesorgt haben. Erwähnen muss man hier die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle in Würzburg und das Präsidium des BPT.

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg

Frühzeitige Vorbereitung der Landtagswahl 2026

Im Frühjahr 2026 findet in Baden-Württemberg die nächste Landtagswahl statt. Das scheint noch lange hin zu sein, jedoch bedarf der Wahlkampf einer frühzeitigen Vorbereitung und schlüssigen Strategie. Daher hatte sich der Landesvorstand auf seiner Klausurtagung intensiv mit dem Wahlkampf befasst. Die Ergebnisse wurden dann eine Woche später beim Landesparteirat vorgestellt und diskutiert. Unser Ziel ist es, mit einem klaren und attraktiven Profil, leicht verständlicher Sprache und vereinter Kraft ein gutes Ergebnis einzufahren.

Bundestagswahl als Schritt zur Landtagswahl

Die Bundestagswahl 2025 sehen wir als einen Schritt auf dem Weg zur Landtagswahl. Wir möchten sie nutzen, um bestimmte Dinge auszuprobieren und Erfahrungen zu sammeln. Der Antritt zur Bundestagswahl ist auch wichtig, weil er der Gewinnung von Mitgliedern dient. Die Aufstellung der Landesliste erfolgt – formal als eigenständige Versammlung – am Tag des Landesparteitags, also am Samstag, dem 30. November 2024. Für diese Versammlung müssen die Kreisverbände eigens Delegierte wählen. Falls dies noch nicht geschehen ist, holen Sie das bitte umgehend nach und lassen dem Landesgeschäftsführer Uli Stein eine Kopie des Wahlprotokolls zukommen.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: 0711 6364644
info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: 07121 880104
matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

ÖDP-Festveranstaltung „75 Jahre Grundgesetz“

75 Jahre Grundgesetz – dieses Jubiläum sollte nach Ansicht der ÖDP Bayern nicht nur in der Bundeshauptstadt gefeiert werden. Die Begeisterung für unsere Demokratie muss gerade in diesen Zeiten überall spürbar sein. Die ÖDP Bayern trägt das Jubiläum der deut-



Bernhard Suttner (li.) und Johanna Seitz

schon Demokratie bis Jahresende 2024 mit mehreren Veranstaltungen in die Regionen des Freistaates. Die Rede von Bernhard Suttner „Verantwortung vor Gott und den Menschen... 7 Gedanken zum Basis-Text unserer Demokratie“ und die Rede von Johanna Seitz „Was das Grundgesetz für junge Menschen bedeutet“ kann als Taschenbuch (32 Seiten) kostenlos in der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern bestellt werden: bayern@oedp.de oder 0851 20091960.

Die Auftaktveranstaltung fand in Passau statt. Hören Sie hier die Aufnahmen der beiden Reden:

www.t1p.de/5hg5n



Bürgerbegehren verteidigen!

Am 23. Juli 2024 hat sich ein von Markus Söder eingesetzter „runder Tisch zur Weiterentwicklung von Bürgerbegehren und Bür-



gerentscheiden“ konstituiert. Bis Jahresende soll ein Ergebnis vorliegen. Eine Idee des Ministerpräsidenten, der Einschränkungen bei der direkten Demokratie als Teil seines Entbürokratisierungsplans sieht. Die bayerische ÖDP hält das für Unfug, weil Mitbestimmung der Bürger nichts mit Bürokratie zu tun hat. „Söder soll lieber unsinnige Verwaltungsvorschriften einkassieren“, fordert ÖDP-Landesvorsitzender Tobias Ruff.



ÖDP-Landesvorsitzender Tobias Ruff hat dem runden Tisch in der Staatskanzlei Vorschläge zur Stärkung der direkten Demokratie unterbreitet.

Noch wissen wir nicht, an welchen Stellen Dr. Söder Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zurückbauen will. Deshalb können wir uns auch noch nicht inhaltlich präzise da-

gegen positionieren. Wir bereiten uns aber organisatorisch auf die Gegenwehr vor. In jedem ÖDP-Kreisverband in Bayern soll sich ein(e) ÖDP-Beauftragte(r) bereithalten. Diese Person wäre dann lokaler Koordinator, falls ein neues Volksbegehren zur Verteidigung der direkten Demokratie notwendig ist. Hier finden Sie eine bayernweite Übersicht der bis jetzt eingesetzten Beauftragten: www.t1p.de/o2ki4

Weitere Infos: ÖDP Bayern
Tel.: 0851 20091963
info@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Brandenburg

Trotz gutem Abschneiden als Listenvereinigung wird es zukünftig extrem schwer, politisch wahrgenommen zu werden

Die letzten Landtagswahlen zeigen, dass die Demokratie und das Verständnis dafür – auch bei Umweltverbänden – in Gefahr ist, endgültig unter die Räder zu kommen. Enorme Geldbeträge aus verschiedenen Quellen haben zudem die politische Situation auf lediglich drei Parteien zugespitzt und mitentschieden. Neben den Finanzflüssen an die AfD gab es auch Einzelspender, die das neu entstandene Bündnis Sarah Wagenknecht mit über 5 Millionen Euro unterstützten – eine Partei mit vier Seiten Programm, zumeist Forderungen zu Bundesangelegenheiten, und keinerlei Direktkandidaten, da sie offiziell nur 37 Mitglieder in Brandenburg haben. Dann trat das massiv beworbene Aufrufphänomen taktisch-waehlen.de aus Kreisen der Grünen auf den Plan und auch die Kampagnen-Organisation Campact nahm mit Social-Media-Anzeigen, Postwurfsendungen, Mailings an die Campact-Unterstützer in Brandenburg und gezielten Spenden Einfluss auf den



Foto: Max Große-Wortmann

Die Spitzenkandidaten des Bündnisses Plus Brandenburg (von links): Thomas Löb, Martin Franke, Wiki Zerbst, Thomas Bennühr, Stefan Günther, André Preylowski

Wahlkampf. Campact spendete laut eigenen Angaben an die Brandenburger SPD 100.000 Euro, an die Grünen-Kandidatin Marie Schäffer in Potsdam Babelsberg 25.000 Euro und an Péter Vida aus Bernau von den mehr als populistisch agierenden Freien Wählern 4.000 Euro. Die letzten beiden konnten aber ihr Mandat nicht verteidigen, wählten doch viele aus Angst vor der AfD die SPD. Es sollen wohl 75 % der Leihstimmen an sie gegangen sein, jedoch weniger aus Überzeugung. Ministerpräsident Dietmar Woidke unterlag bei den Erststimmen seinem AfD-Herausforderer.

Trotz aller Widrigkeiten hat es mir, Thomas Löb, auch Spaß gemacht, mit meinen Leidensgenossen und Listenkollegen von Piraten und Volt diesen Wahlkampf anzugehen. Mit einem modernen Design und 5.000 Plakaten waren wir gut sichtbar und nutzten unsere minimale Chance. Auch in einigen Medien bekamen wir gute Berichte, etwa bei der „taz“ eine ganze Seite. Jeder unserer zwölf Direktkandidaten hat prozentual weit

höhere Erststimmen erringen können, als es das landesweite Zweitstimmenergebnis von 0,9 % ausdrückt (Ergebnisse im Detail: www.t1p.de/lilu1). Wir sind immerhin vor der FDP gelandet und haben mit 2 % auch in der Landeshauptstadt Potsdam ein respektables Ergebnis erzielt – obwohl wir dort kaum unterstützende Mitglieder hatten, da die jungen Volt-Leute unser gemeinsames Projekt leider boykottierten. Bei den Erststimmen erhielten wir beispielsweise in der 11.000-Einwohner-Stadt Erkner 3,1 % und waren dort sogar besser als die Grünen. Schön, dass sich dort der Zuspruch verfestigt, hatte ich in Erkner doch erst im Juni mit einem ähnlichen prozentualen Ergebnis ein Stadtratsmandat gewonnen.

Sehr ärgerlich war, dass Plus Brandenburg bei den Wahlprüfsteinen wichtiger NGOs bewusst nicht berücksichtigt wurde – vermutlich, um Aktivisten zu stärken, die für SPD und Grüne kandidierten. So war es etwa beim Klimabündnis Brandenburg, einem Zusammenschluss von BUND, NABU, VCD, ADFC, Extinction Rebellion Potsdam, Fridays for Fu-

ture, Naturfreunde Brandenburg, Parents for Future und Scientists for Future, die eher die FDP hofierten, als auf uns näher einzugehen, obwohl die FDP schon damals ganz schlechte Umfragewerte hatte. Selbst bei Mehr Demokratie e. V. kamen wir erst durch eigenen Protest auf ihre Auswertungsgrafik, waren dann aber in allen zehn Kategorien mit Abstand führend.

Die wichtige Regionalzeitung „Märkische Allgemeine“ berücksichtigte uns inhaltlich leider überhaupt nicht. Der verantwortliche Chefredakteur begründete die Ablehnung damit, dass er andernfalls auch die Sonstigen wie den als rechtsextrem eingestuften Dritten Weg vorstellen müsste. Ob wir das wollten?

Spätestens seit der Endphase des Kommunal- und Europawahlkampfes war klar, dass der im Landtagswahlkampf nicht aktiv eingebundene Landesvorsitzende der Piraten die Rolle des plötzlichen Störenfrieds in unserem Konstrukt spielte. Er sabotierte massiv unser Vorankommen zugunsten der Freien Wähler, indem er z. B. öffentlich im Shirt der Freien Wähler mit Aiwanger in Bernau bei dessen Wahlkampfauftritt posierte und dieses Foto sogar auf seinem X-Account verbreitete. Spätestens nachdem die gemeinsame Kandidaturliste Piraten-ÖDP im Landkreis Oder-Spree nicht so ausfiel, wie er sich das dachte, und er selbst kein Mandat erlangte, sondern stattdessen für alle unerwartet eine Mitkandidierende, versuchte er mit medialem Druck und Gerüchten zu möglicherweise getätigten Aufstellungsfehlern ihr das Mandat entziehen zu lassen. Nachdem es dummerweise damals bei demselben Treffen mit dem Regionalverband der Piraten und dem ÖDP-Kreisverband Oder-Spree einen gemeinsamen Wahlvorstand zur Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Erkner gab, versuchte er nachwirkend mir das Stadtratsmandat in Erkner entziehen zu lassen und mich gar hinter meinem Rücken bei der Lis-

tenvereinigung als Listenkandidat streichen zu lassen. Ein unglaublicher Vorfall, der zeigt, was für ein schlechter und hinterhältiger Verlierer er war und wie er den Wählerwillen missachtete. Auch hier nahm er psychische Schädigungen seiner Teamkollegen in Kauf. Man braucht keine politischen Gegner, wenn man schon einen solchen Kollegen im Umfeld hat, der nur auf seinen Vorteil bedacht ist. Das ist einer von verschiedenen Gründen, warum wir nicht erneut ein solches Bündnis eingehen würden. Ein weiterer Grund ist, dass der zweiten und dritten Garde von Volt Brandenburg offenbar die EU-Wahlerfolge zu Kopf gestiegen sind, denn so gab es in der heißen Endphase des Wahlkampfes plötzlich viele Befindlich- und Begehrlichkeiten unter den bis dahin eher Passiven, die wir Spitzenkandidaten auszubaden hatten.

Kontakt: ÖDP Brandenburg
 Thomas Löb, Landesvorsitzender
 Tel.: 0175 9966701
info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de

Niedersachsen

Die ÖDP Niedersachsen mit neuem Vorstand!

Am Wochenende 24./25.08.2024 fand der Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen statt. Bei bestem Sommerwetter in einer sehr schönen Umgebung ließ es sich gut tagen.

Der Samstag war Rechenschaftsberichten, Finanz-Prüfberichten und der Entlastung des Vorstands sowie einem sehr spannenden Bericht über das Bibervorkommen in den Landkreisen Lüneburg und Harburg vorbehalten: Biberberater Roger Günzel vom BUND und Uwe Wieschowski, ebenfalls Biberberater, hatten jede Menge Informationen und Anschauungsmaterial dabei, die Zeit verging wie im Flug.



Die Biberberater Uwe Wieschowski (links) und Roger Günzel



Abends wurde gesellig gegrillt. Unser „Grillmeister“ erfüllte alle Wünsche und es mundete köstlich.

Fotos: Helmut Scheel

Am Sonntagmorgen stürzten wir uns in die Wahlen, mittags war es dann geschafft ... Der neu gewählte Vorstand setzt sich aus neuen und alten Vorstandsmitgliedern zusammen: Eva-Maria Kastell (Vorsitzende), Petra Inselmann (1. stv. Vorsitzende), Yorck Müller-Dieckert (2. stv. Vorsitzender), Thorsten Albrecht (Schatzmeister), Julius Warnecke (Schriftführer) und Vanessa Meyer (Beisitzerin).

Auf eine erfolgreiche Vorstandsarbeit! Mehr zum neu gewählten Vorstand: www.oedp-niedersachsen.de/partei/landesverband/landesvorstand

Kontakt: ÖDP Niedersachsen
 Eva-Maria Kastell, Landesvorsitzende
 Tel.: 0172 9072982
eva.kastell@oedp.de
www.oedp-niedersachsen.de



Der neue niedersächsische Landesvorstand (von links): Yorck Müller-Dieckert (2. stv. Vorsitzender), Vanessa Meyer (Beisitzerin), Thorsten Albrecht (Schatzmeister), Helmut Scheel (stv. ÖDP-Bundesvorsitzender), Eva-Maria Kastell (Vorsitzende), Julius Warnecke (Schriftführer) und Petra Inselmann (1. stv. Vorsitzende)

Foto: ÖDP Niedersachsen

BUNDEARBEITSKREISE

ÖDP-Politik entwickeln und bekannt machen – Verstärkung erwünscht!

In der ÖDP gibt es einige Bundesarbeitskreise (BAK), die in ihren politischen Themenfeldern der Partei zuarbeiten: Sie verfolgen aktuelle Entwicklungen, optimieren das Parteiprogramm oder erarbeiten zusammen mit dem Bundesvorstand Pressemitteilungen. Zwar sind nicht alle BAKs immer gleichermaßen aktiv, aber sie freuen sich über Verstärkung und frische Impulse. Zu den folgenden Themenfeldern existieren aktuell BAKs:

ÖDP-Mitglieder können sich einfach über ein Online-Formular für ihren Wunsch-BAK anmelden – erreichbar über den Kurzlink www.t1p.de/xje43

Willkommen sind aber auch Nicht-Mitglieder mit fachlicher Expertise und Begeisterung für ihr Themengebiet, die sich beratend einbringen können. Falls das auf Sie zutrifft, nehmen Sie bitte mit dem jeweiligen BAK-Vorstand Kontakt auf: www.t1p.de/haxr3

- Arten- und Naturschutz
- Asyl und Integration
- Bildungspolitik
- Christen in der ÖDP
- Demokratie, Außenpolitik und Europa
- Digitalisierung
- Familie und Soziales
- Frauen
- Gesundheit
- Humanökologisches Grundeinkommen
- Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie
- Kommunalpolitik
- Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik
- Mobilfunk
- Queer
- Teilhabe
- Wirtschaft und Finanzen



Foto: Mike48/pixabay.com

BUNDEARBEITSKREIS DIGITALISIERUNG

Blick zurück und nach vorne

Einen Moment innehalten – das ist manchmal hilfreich, wenn ein Meilenstein erreicht wurde auf einem Weg, dessen Ende keine klaren Strukturen zeigt. Deutschland und Europa sehe ich an einem solchen Punkt, und wir – die ÖDP – sind als Partei in diesen politischen Entwicklungsprozess eingebunden. Es ist auch ein solcher Meilenstein erreicht, wenn der Vorsitzende eines Bundesarbeitskreises (BAK) auf die abgelaufene Amtszeit zurückblickt – und dabei Gedanken entwickelt, wie es weitergehen soll im BAK Digitalisierung.

Nun, die ersten Wellen der Chip-basierten Digitaltechnik erreichten mit der Robotik und der damit verbundenen Automatisierung von Produktionsprozessen die Gesellschaft in den 1980er-Jahren, den Hype „Digitalisierung als Wundermittel“ initiierte die Politik in den 2020er-Jahren, nachzulesen auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung.

Der Blick zurück:

Der BAK Digitalisierung wurde auf dem 57. ÖDP-Bundesparteitag in Suhl unter dem Antrag 57-INT-3 mit großer Mehrheit eingerichtet. Er hat sich dann im Mai 2021 mit zunächst acht Mitgliedern konstituiert, wobei mir, Werner Michael Wolf, die BAK-Leitung übertragen wurde. Für ein Mitwirken bei der Erstellung des Bundestagswahlprogramms 2021 war dieser Start zu spät, weshalb die ers-

ten Arbeitsschritte zu einer thematischen Positionierung des BAKs führten: Den Einfluss der Digitalisierung, oft mit dem Begriff „Digitaler Wandel“ adressiert, kann man in allen Lebensbereichen verorten, wie es die für einen

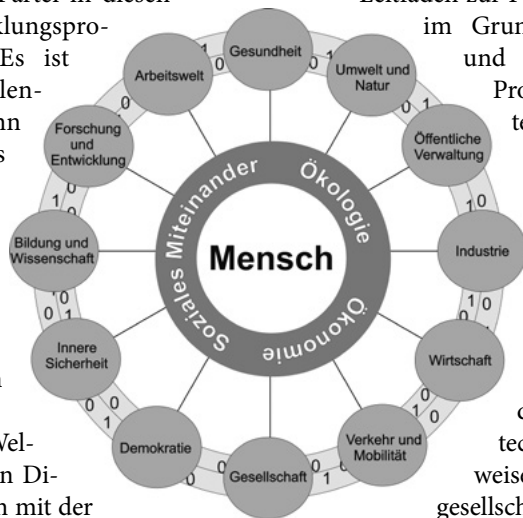
Leitfaden zur Positionierung der ÖDP im Grundsatzprogramm (GP) und im Bundespolitischen Programm (BPP) erstellte Grafik in der Mitte zeigt. Selbstredend, dass dazu die anderen BAKs miteingebunden werden müssen.

Bereichsübergreifend konnte nun vom BAK ein Beitragsentwurf zum BPP unter dem Titel „Die Digitaltechnik – ein zukunftsweisendes Werkzeug mit gesellschaftlicher Gestaltungskompetenz“ vorangetrieben werden;

er wird demnächst auf der ÖDP-Mitgliederplattform orangeaktiv zur allgemeinen Diskussion eingestellt. Bei dessen Formulierung wurden im BAK unterschiedliche Sichtweisen zum Werkzeug „Digitaltechnik“ sichtbar. Die Metaphern „Recht auf ein analoges Leben“ und „Recht auf ein digitales Leben“ stehen im Wettstreit und bestimmen die Diskussion im BAK – und die ist sehr lebendig, da die beiden Metaphern keineswegs allgemein definiert sind, sondern eher nebulöse Worthülsen darstellen.

Der Blick nach vorne:

Die Aufgabenperspektive des BAKs ist umfangreich und der Fortschritt wird durch aktuelle Anforderungen wie „Mitwirkung beim



Grafik: ÖDP

Erstellen des Bundestagswahlprogramms 2025“ immer wieder eingeschränkt. Aber ich bin optimistisch, dass der BAK Digitalisierung der ÖDP in der nächsten Amtsperiode ein Leitbild anbieten kann, das unsere Grundhaltung im GP widerspiegelt: innovationsoffen

(Einklang von Kontinuität und Fortschritt), menschenzentriert (Mensch vor Profitgier) und zukunftsorientiert (Enkelpolitik).

Werner Michael Wolf
BAK-Vorsitzender

BUNDEARBEITSKREIS CHRISTEN IN DER ÖDP

Herbsttreffen 2024 im Kloster Neustadt/Weinstraße

Der Bundesarbeitskreis (BAK) „Christen in der ÖDP“ war Ende Mai/Anfang Juni auf dem Katholikentag in Erfurt mit einem Stand vertreten. Die Arbeitskreismitglieder, darunter auch der ÖDP-Kandidat für das Europa-Parlament, Dr. Michael Stöhr, berichteten auf dem Herbsttreffen des BAK vom 30.08.–01.09.2024 in Neustadt/Weinstraße von vielen guten Gesprächen. Eine wichtige Anregung für nächste Kirchentage: Kontakte mit Verbänden pflegen, wie z. B. der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) oder Christians for Future. Nächster Punkt war die Vorbereitung der Teilnahme am evangelischen Kirchentag in Hannover (30.04.–04.05.2025) und am Katholikentag in Würzburg (13.–17.05.2026).

Hauptthema des BAK-Treffens war, wie wir uns als Christen in die Politik einbringen müssen. Wir sehen, wie Religion zurzeit weltweit politisch missbraucht wird (z. B. die Taliban in Afghanistan oder Hindu-Fundamentalisten gegen Muslime und Christen in Indien). Fazit: Wir müssen uns als Christen auf Kernbotschaften besinnen, z. B. auf weltweite Geschwisterlichkeit. Dazu gehört, dass wir bedenken, welche Auswirkung unser Lebensstil auf unsere „Schwestern und Brüder“ weltweit und in Zukunft hat. Für uns Christen ist das

ein Antrieb, uns dafür einzusetzen, dass wir unseren Planeten nicht weiter plündern.

Am Samstagnachmittag besuchten wir das Hambacher Schloss. Dort strömten im Jahr 1832 30.000 Menschen zusammen, um für politische Grundrechte, ein geeintes Deutschland und ein solidarisch verbundenes Europa einzutreten. Damit gilt das Hambacher Schloss als Wiege der deutschen Demokratie.



Foto: Dirk Zimmermann

„Wie kann der Arbeitskreis Christen beitragen, dass wir in der ÖDP sachlich und fair diskutieren?“ war das nächste Thema. Zu überlegen wären Änderungen der Geschäftsordnung für den Bundesparteitag oder der

Nutzungsregeln für die Diskussionsplattform „orangeaktiv“.

Im Gottesdienst am Sonntag war auch der „Ökumenische Tag der Schöpfung“ Thema, zu dem die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen jedes Jahr am ersten Freitag im September einlädt. Diese Impulse zum Abschluss unseres

Treffens waren für uns als BAK Christen in der ÖDP eine Bestärkung, uns für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen – und zwar nicht nur an einem Tag im Jahr. Das nächste BAK-Treffen findet statt vom 21.–23. März 2025 im Kloster Loccum in Niedersachsen.

Dieter Nießner

BUNDESARBEITSKREIS LANDWIRTSCHAFT, TIERSCHUTZ UND GENTECHNIK

Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen in Erfurt

Die Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik (BAK LTG), welche vom 13.–15.09.2024 in Erfurt stattfand, startete um 15 Uhr mit dem offiziellen Part: Nach der Abhandlung bestimmter Formalien haben wir uns der Rechenschaftsberichte der letzten beiden Jahre aus den vier BAK-Arbeitsgruppen angenommen. Rege Diskussion und Fragen zu den einzelnen AGs Gentechnik, Landwirtschaft, Tierschutz und Wald & Forst gipfelten in der Abstimmung zur Entlastung des Leitungsteams, die positiv beschieden wurde.

Anschließend wurde auf potenzielle Themen für die nächsten zwei Jahre und mögliche Überschneidungen mit den einzelnen AGs geschaut. Um 18 Uhr ging's wohlverdient zu einem sehr informativen Stadtrundgang und anschließend zu einem gemeinsamen Abendessen.

Am Samstagmorgen wurde mit den Neuwahlen des BAK-Vorstands begonnen, die zügig abgeschlossen wurden. Bei den geheimen Neuwahlen des Leitungsteams wurden die Positionen wie folgt besetzt:

- Vorsitzende: Eva-Maria Kastell
- 1. stv. Vorsitzender: Norman Heß
- 2. stv. Vorsitzender: Jürgen Schilling

Beisitzer: Beate Backhaus, Hans-Gerd Pelzer, Willi Reinbold, Hartmut Müller

Am Nachmittag fand eine Schulung zum Verfassen von Pressemitteilungen statt, gefolgt von drei sehr lehrreichen und informativen Videokonferenzen mit NGO-Experten aus den Bereichen Gentechnik, Landwirtschaft und Tierschutz.

Um 18:30 Uhr gab es wohlverdient ein Abendessen, gefolgt von einem Spaziergang und weiteren „internen Gesprächen“ im haus-eigenen Klosterkeller.

Sonntagfrüh ging's um 08:30 Uhr in die letzte Runde: konstituierende Sitzung des frisch gewählten BAK-Leitungsteams, gefolgt von Besprechungen in den jeweiligen Arbeitsgruppen. Die Tagung endete mit einem gemeinsamen Mittagessen, bevor gegen 14 Uhr alle die Heimreise antraten.

Fazit: Sämtliche Teilnehmende waren der Meinung, dass sich diese zwei Tage mehr als gelohnt haben – lernte man sich doch nach zwei Jahren intensiver BAK-Arbeit per E-Mail und Videokonferenzen endlich mal persönlich kennen. Es wurden viele Informationen ausgetauscht, zukünftige Vorgehensweisen intensiv diskutiert und eine tendenzielle Strategie für die nächsten insgesamt



Die anwesenden Mitglieder des BAK LTG auf Stadtrundgang mit einer charmanten Stadtführerin

Foto: Gesine Ulich

zwei Jahre festgelegt. Unser Credo: Machen statt schnacken! Wer ist neugierig geworden und möchte zukünftig mitarbeiten? Informationen zu unserer Arbeit möchten wir künftig

auf der ÖDP-Mitgliederplattform orangeaktiv veröffentlichen: www.t1p.de/j4lr9

Eva-Maria Kastell
BAK-Vorsitzende

STIFTUNG

Anerkennung der Maria Opitz-Döllinger Stiftung

Zu unserer großen Freude erhielten wir im Oktober von der Stiftungsaufsicht der Regierung von Oberbayern ein Schreiben, dass die ÖDP-nahe Maria Opitz-Döllinger Stiftung mit ihren 104 Stiftern und Stifterinnen sowie einem Grundstockvermögen von insgesamt 146.501 Euro als rechtsfähige Stiftung anerkannt wurde. Mit der Übersendung der Stiftungsurkunde war die Stiftung offiziell errichtet und konnte ihre Arbeit zur Förderung der politischen Bildung aufnehmen. Anschließend erkannte das Finanzamt München mit

der Übersendung eines Freistellungsbescheids die Gemeinnützigkeit der Stiftung an.

Der gewählte Gründungsvorstand um Thomas Schiffelmann (Vorsitzender), Martin F. Dreß (stellvertretender Vorsitzender), Doris Hüben-Holomos (Schatzmeisterin) und Wolfgang Königbauer (Vorstandsmitglied) traf sich in den letzten Monaten regelmäßig, um die Stiftungsgeschäfte aufzunehmen. In einer Vorstandsklausur in Einbeck-Vogelbeck wurden zum Beispiel die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche der Stiftung verteilt und



Geschäftsordnungen, Anlage- und Förderrichtlinien erarbeitet. Außerdem wurde für die Maria Opitz-Döllinger Stiftung gemeinsam die folgende Vision entwickelt:

Wir sind eine Gemeinschaft von Stifterinnen und Stiftern, die gesellschaftliche und politische Bildungsarbeit auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung fördert. Rücksichtnahme ist für uns ein hohes Gut. Wir achten jederzeit auf unsere Mitmenschen und alle anderen Arten, um Leben zu erhalten. Wir lassen niemanden zurück und fördern Maßnahmen für Schutz und Geborgenheit. Wir sind offen, geben Raum für Begegnungen und fördern damit Gemeinschaft und Dialog. Mit unterschiedlichen Formaten und Projekten schaffen wir den fruchtbaren Boden dafür. Wir bringen Menschen zusammen und schaffen einen Rahmen für Vielfalt. Wir bie-



Am 23.09.2024 hat die zuständige Regierung von Oberbayern die Maria Opitz-Döllinger Stiftung mit Sitz in München offiziell anerkannt.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass die ÖDP-nahe Maria Opitz-Döllinger Stiftung auch an der staatlichen Stiftungsförderung teilhaben darf.

Weitere Zustiftungen (ab 1.000 Euro) sind selbstverständlich jederzeit möglich, um die immer wichtiger werdende politische Bildung insbesondere für Artenvielfalt und Demokratie zu fördern. Und da die Stiftungsaufsicht weitere Zustiftungen als Voraussetzung für die dauerhafte Anerkennung unserer ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung benannt hat, sind sie auch wirklich nötig.

Ökologisch-Demokratische Partei
IBAN: DE55 3702 0500 0020 1535 11
Verwendungszweck: Zustiftung

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:
stiftung@oedp.de

Thomas Schiffelmann, Vorsitzender der Maria Opitz-Döllinger Stiftung



Der Stiftungsvorstand bei der Entwicklung der Vision für die Maria Opitz-Döllinger Stiftung

ten Möglichkeiten, die eigene Wahrnehmung zu schärfen und eigene Erfahrungen zu sammeln, sich zu entwickeln, zu teilen und damit eine Wandlung der Gesellschaft anzustoßen. Neue Früchte erwachsen aus dem Bewusstsein von Herkunft und Erfahrung. Wir bieten den Nährboden für aktive Mitgestaltung.

Auf dem 63. ÖDP-Bundesparteitag, der Anfang November in Gersfeld stattfand, wurde schließlich die Errichtung der ÖDP-nahen Stiftung bestätigt. Angesichts dieser positiven Entwicklung hoffen wir nun auf eine baldige

Sind die Bienen gerettet?

Wie in diesem Heft deutlich wurde, sind in der ÖDP überzeugte Arten- und Naturschützer aktiv. Wir tun alles in unserer Macht Stehende, um die Vielfalt des Lebens und seine Existenzgrundlagen zu sichern bzw. aufzuwerten. Oftmals müssen wir aber feststellen, dass unsere Möglichkeiten begrenzt sind. Dabei könnten wir mit Ihnen und den Menschen in Ihrem Umfeld noch mehr bewirken, falls Sie sich uns noch nicht angeschlossen haben. Heute laden wir Sie herzlich zu diesem Schritt ein, denn die Bienen und ihre vielfältigen Freunde sind eben noch längst nicht gerettet!



Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular:
www.oedp.de/mitgliedschaft

Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied Schnuppermitglied¹
- Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein.²

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Mobil/Telefon* _____

Beruf _____

Geburtsdag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*: _____

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 8,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 8,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 4,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- 20 € als Postsendung 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50% des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Mehr ÖkologiePolitik

Sie möchten mehr sinnvolle Nachrichten von ÖkologiePolitik mit Mensch und Natur im Mittelpunkt erhalten oder weitergeben? Kreuzen Sie einfach an, was auf Sie zutrifft, tragen Sie unten Ihre Daten ein und senden Sie das ausgefüllte Formular zurück an die ÖDP. Alternativ können Sie auch unter www.oedp-shop.de bestellen bzw. unter www.oekologiepolitik.de/abonnement/ ein (Geschenk-)Abo oder eine Förderung abschließen.



Die ÖkologiePolitik und ihre Beilage „ÖDP aktiv!“ sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Ob Mitglied oder nicht: Sie helfen uns sehr, wenn Sie mit einem freiwilligen Beitrag Erstellung und Versand des Magazins unterstützen. Herzlichen Dank!

Ich möchte zukünftig die ÖkologiePolitik inkl. Beilage erhalten (halbjährlich kündbar):

- als ÖDP-Mitglied als Nicht-Mitglied
- als gedruckte Ausgabe per Post (20,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)
- als digitale Ausgabe im PDF-Format (10,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)

Das Abo wurde mir vermittelt von:

Ich möchte (nach-)bestellen:

- ÖkologiePolitik (pro Heft 6,- Euro):

Heft-Nr./Thema: _____

Stück: _____

- Beilage „ÖDP aktiv!“ (je 10 Stück 3,- Euro):

Thema: _____

Stück: _____

Freiwillige Unterstützung:

Ich unterstütze die ÖkologiePolitik – unabhängig von Abo oder Parteimitgliedschaft – mit einem

regelmäßigen Betrag von _____ Euro

- halbjährlich jährlich



Newsletter und Pressemitteilungen:

Neuigkeiten von der ÖDP per E-Mail abonnieren: www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo

Meine Kontaktdaten (Pflichtfelder*):

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Telefon/Mobil _____

Meine Bankverbindung:

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: OEP-[Name]

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen lang möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

IMPRESSUM

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20 bzw. 10 Euro im Jahr abonnieren – siehe Seite 38. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Januar 2025**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de

Jan Altnickel, Unstruttal / Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Agnes Becker, Matthias Dietrich,
Eva-Maria Kastell, Helmut Kauer,
Thomas Löb, Urban Mangold,
Dieter Nießner, Thomas Schiffelmann,
Charlotte Schmid, Werner Michael Wolf

Interviewpartner

Hans Leo Bader

Gastautor

Dr. Norbert Schäffer

Grafik/Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise, Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: 06131 679820
redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00
BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

ÖkologiePolitik

Thema im März 2025:

5 Jahre Artenschutz- Volksbegehren in Bayern – Teil 2



Foto: Dave/pxabay.com



21.12.2024 (Sa.)

Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern und
Aufstellungsversammlung zur Bundestagswahl
www.oedp-bayern.de

25.01.2025 (Sa.)

Landesparteitag der ÖDP Sachsen
www.oedp-sachsen.de

15./16.02.2025 (Sa./So.)

Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen
www.oedp-nrw.de

23.02.2025 (So.)

Vorgezogene Bundestagswahl
www.oedp.de

02.03.2025 (So.)

Bürgerschaftswahl in Hamburg
www.oedp-hamburg.de

07.–09.03.2025 (Fr.–So.)

Klausurwochenende der ostdeutschen
ÖDP-Landesverbände
www.oedp-sachsen.de

28.–30.03.2025

Informationsreise zu Hanf als Baustoff
in die Uckermark, Brandenburg
www.oedp-nrw.de



Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!

Am 18.01.2025 zur Demo „Wir haben es satt!“
Setzt mit uns ein oranges Zeichen!

Mehr Infos: www.t1p.de/24nsm

